

Bundesausschuss Friedensratschlag



- Höchste Steigerung des Militärhaushalts seit Gründung der Bundeswehr 1955
- Ziel von CDU/CSU: Deutschland soll in Europa militärisch führen
- Verstärkt Unterschriften sammeln unter den Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“

Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag

Berlin, Frankfurt am Main, 23.11.2018

Anlässlich der Beschlussfassung des Bundestags am 23.11.2018 über den Haushalt 2019 erklären die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Lühr Henken (Berlin) und Willi van Ooyen (Frankfurt am Main):

Noch nie in der nunmehr 64jährigen Geschichte der Bundeswehr hat es eine so große Steigerung ihres Etats gegeben. 4,71 Milliarden Euro mehr als 2018 sollen 2019 für die Bundeswehr ausgegeben werden – das sind dann 43,23 Milliarden Euro.

Dafür muss es außerordentliche Gründe geben, die das rechtfertigen würden. Welche?

Bereitet Russland einen Angriff auf die NATO vor, so dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen so drastisch verstärken müssten? Nein: Russland senkt seit 2016 seine Militärausgaben – im Jahr 2017 sogar um 20 Prozent!

Ist die Ausrüstung der Bundeswehr so dramatisch schlecht, dass dringend Erneuerungsbedarf gefragt ist? Nein. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr entspricht der selbstgesteckten Norm – 70 Prozent.

Was sind dann die Gründe, warum so viel mehr für das Militär ausgegeben wird wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg?

1. Verteidigungsministerin von der Leyen hat an Parlament und Öffentlichkeit vorbei der NATO gegenüber die Verpflichtung abgegeben, bis 2032 drei vollständig ausgerüstete schwere Divisionen zur Verfügung zu stellen. Dazu sind allumfassende Aufrüstungsmaßnahmen nötig. Diese Verbände können sowohl gegen Russland in Stellung gebracht werden als auch der Ausweitung von Einsätzen der Bundeswehr weltweit dienen. Die Bundeswehr hat sich 2019 und 2023 die Führung der „Speerspitze“ der schnellen Eingreiftruppe der NATO gesichert, die binnen weniger Tage überall in der Welt vor Ort sein kann.
2. 2014 setzte sich die Bundesregierung im NATO-Rat für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben ein. Möglichst zwei Prozent der Wirtschaftsleistung sollen es 2024 sein. Das wäre eine Verdoppelung der Ausgaben von 2019. Deutschland würde

so zur führenden Militärmacht in der Europäischen Union, dessen Militarisierung es vehement vorantreibt. Deutschland würde dann auch zur stärksten Militärmacht unter den europäischen NATO-Staaten, weil seine Wirtschaft um 30 bis 40 Prozent stärker als die französische bzw. die britische ist.

Diese ehrgeizigen Vorhaben, die von CDU/CSU und AfD maßgeblich vorangetrieben werden, sind höchst gefährlich. Leider hat auch die SPD diesem Rüstungswahnsinn zugestimmt. Offensichtlich haben diese Kräfte keine Lehren aus der Geschichte des deutschen Militarismus des 20. Jahrhunderts gezogen.

Die Friedensbewegung ist aufgerufen, ihre Anstrengungen gegen diesen Aufrüstungskurs zu potenzieren: Sammeln wir massenhaft Unterschriften unter den Appell an die Bundesregierung „Abrüsten statt Aufrüsten“! (<https://abruesten.jetzt/>)

Lühr Henken mob. 0160 4066630

Willi van Ooyen mob. 0170 185 15 17